

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2025
Einbringung Haushalt 2026

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,

Einleitung

Ich habe sehr lange überlegt, wie ich diese Rede anfangen soll. Aber es hat keinen Sinn, die Lage schönzureden. Trotz der Jahreszeit ist dies nicht der Moment für Zuckerguss. Stattdessen gilt für mich heute das Motto des Spiegel: „*Sagen, was ist.*“

Wir haben kein Geld mehr.

Dafür gibt es zwei Gründe.

1. Die Kommunen übernehmen in Deutschland **25 Prozent der staatlichen Aufgaben**, bekommen aber nur **11 Prozent der Steuern**. Das kann nicht gutgehen. „*Der Staat überfordert seine Kommunen mit der Aufgabenlast*“, hält der Hessische Städtetag

fest. „*Die Kommunalhaushalte kollabieren*“, sagt die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände. Unser Haushalt ist getrieben von **Inflation** und **Tarifsteigerungen** und gebeutelt von der **Konjunktur**. Maßnahmen wie der **Wachstumsbooster** der Bundesregierung, der bei uns die Gewerbesteuer kurzfristig einbrechen lässt, verschärfen die Situation noch. Auf Hilfe von außen, von Land und Bund, brauchen wir Kommunen also nicht zu warten. Als Kommunen werden wir in dieser Situation ziemlich allein gelassen.

2. Der zweite Grund ist aber ein Stückweit hausgemacht. Wir haben in den vergangenen Jahren unsere **Rücklagen abgebaut und unsere Liquidität aufgebraucht**. Natürlich verstehe ich den Ansatz der letzten Jahre, die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen **nicht direkt an die Bürgerinnen und Bürger, die Eltern oder die Unternehmen weiterreichen zu wollen** und habe diesen als Stadtverordneter auf Basis der mir vorliegenden Informationen auch mitgetragen. Hinzu kam die **Entscheidung, Investitionen zu großen Teilen aus der Liquidität zu bezahlen** – und nicht über langfristige Darlehen. Aber jetzt sind wir in der schmerzlichen Situation, die fehlenden Einnahmen der letzten Jahre innerhalb kurzer Zeit nachholen zu müssen, um überhaupt handlungsfähig zu bleiben. Durch die fehlenden Einnahmen befindet sich die Stadtkasse **knapp 35 Millionen im Minus**. Diese müssen wir im Finanzplanungszeitraum bis 2029 wieder erwirtschaften.

Die meisten Gebühren und Steuern sind in Hofheim seit langer Zeit nicht angefasst worden. Die **Gewerbesteuer** wurde zum Beispiel zuletzt **2014**

angepasst; die Friedhofsgebühr ebenfalls. Damals hat der **Döner 4 Euro** gekostet. Und **Obama** war Präsident. Es ist also ziemlich lange her.

Heute kostet der Döner in Hofheim **fast zehn Euro**. Und amerikanischer Präsident ist – nun, Sie ahnen, worauf ich hinauswill. **Wir leben in einer anderen Welt.**

Andere Kommunen haben ihre Steuern und Gebühren immer wieder angepasst; sie haben jetzt noch Rücklagen und Liquidität. Wir sind in dieser Hinsicht **ein düsterer Vorreiter** – wir stehen der Krise **ohne jeden Puffer** gegenüber. Schlimmer noch: Wir stehen schon tief im Minus. Das heißt:

Einerseits müssen wir unsere Einnahmen erhöhen.

Und andererseits müssen wir sparen.

Ich kann Ihnen sagen, dass ich meine ersten **hundert Tage** im Amt, meine ersten Monate und Jahre im Amt, nicht nur mit Sparen und Konsolidieren verbringen wollte. Ich wollte mich bestimmt nicht hierhin stellen und verkünden, dass wir die Grundsteuer drastisch erhöhen und den Neujahrsempfang, die Umbrella Road und eventuell andere Festivitäten absagen müssen. Aber die Lage ist, wie sie ist.

Schweren Herzens müssen wir **alles auf den Prüfstand stellen**, auch liebgewordene Traditionen. Auch Projekte, die wir in der Stadtverordnetenversammlung schon verabschiedet haben. Mit der Fahrradbrücke haben Sie schon den Anfang gemacht.

Wir müssen umdenken. Die Frage lautet nicht mehr: Was *wollen* wir uns leisten? Sondern: **Was können wir uns leisten?**

Das Ziel unserer Haushaltsberatungen muss dabei sein: die Bürger so wenig wie möglich zu belasten. Wir haben bei den Haushaltsberatungen in der Verwaltung schon **Einsparungen in Höhe von 2,6 Millionen Euro** vorgenommen. Auch sehen wir eine pauschale Kürzung von insgesamt 1,9 Millionen Euro vor. **Trotzdem** liegt der errechnete Hebesatz für die Grundsteuer B im kommenden Jahr aktuell bei **2.230**. **Nur mit diesem Hebesatz haben wir einen genehmigungsfähigen Haushalt. Nur deshalb bringen wir diesen Haushalt so ein.** Aber ich muss Ihnen nicht sagen, wie heftig diese Zahl ist. **Bei dieser Zahl kann und darf es nicht bleiben.** Von dieser dramatischen Zahl herunterzukommen, ist das **Ziel dieser Haushaltsberatungen.**

Um das Kassendefizit von 35 Millionen bis 2029 auszugleichen, müssen wir einen **jährlichen Überschuss von rund 6 Millionen Euro** erwirtschaften. Dies ist kein selbstgewähltes ambitioniertes Ziel, sondern dazu sind wir **gesetzlich verpflichtet**. Allein dieser notwendige Überschuss macht etwa **430 Prozentpunkte** beim Hebesatz der Grundsteuer B aus.

Wenn wir **500.000 Euro** einsparen oder zusätzlich einnehmen, bedeutet das eine Senkung des Hebesatzes um **36 Punkte**. Was die Hebesätze besonders beeinflusst, sind die **operativen** Ausgaben. Das macht es so schmerzlich – denn das sind: Ausstellungen und Feste, Märkte und Grünpflege, Weihnachtsbeleuchtung und Personalkosten. Wir müssen genau da sparen, **wo es am meisten wehtut.**

Von unseren Aufwendungen sind **95 Prozent Fixkosten**. An denen können wir kurz- bis mittelfristig nichts ändern. Nur **fünf Prozent** unserer Aufwendungen sind kurzfristig überhaupt variabel.

Hier müssen wir mit unseren Sparmaßnahmen ansetzen – genau bei den Dingen, **die wehtun, die im Stadtleben besonders sichtbar sind**.

Eben habe ich gesagt, dass wir bei den **Haushaltsberatungen innerhalb der Verwaltung** schon **Einsparungen in Höhe von 2,6 Millionen Euro** vorgenommen haben.

Hinzu kommen **Einsparungen beim Personal**: Rund 352.000 Euro haben wir eingespart, indem wir 16 aktuell nicht besetzte Stellen nicht wieder besetzen, sondern streichen.

Darüber hinaus werden wir notwendige **zusätzliche Stellenbedarfe** durch **interne Umschichtungen** abdecken – zum Beispiel bei der Stadtpolizei und bei der Feuerwehr. Der Umfang dieser Maßnahmen beläuft sich auf rund **584.000 Euro**.

In Summe bleiben wir damit bereits **rund 936.000 Euro unter dem ursprünglich geplanten Personalansatz**.

Trotzdem sind wir innerhalb der Verwaltung mit unseren Einsparungen noch nicht am Ziel. **In allen Fachbereichen laufen die Konsolidierungsgespräche weiter**.

Eine Haushaltsplanung und -aufstellung dauert innerhalb der Verwaltung normalerweise sechs bis acht Monate. Ich habe mein Amt am 13.

September 2025 angetreten – bis zur Einbringung des Haushalts blieben also nur wenige Wochen. Diese Zeit hat gereicht, um sich einen grundlegenden Überblick über die angespannte finanzielle Lage zu verschaffen und einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Es war aber nicht genug Zeit, um sämtliche Einsparpotentiale umfassend und abschließend zu prüfen.

Trotzdem haben wir bereits **erste richtungsweisende Entscheidungen** getroffen. Für die weitere Arbeit in der Verwaltung gilt weiterhin der Grundsatz,

- dort zu konsolidieren, wo es möglich ist,
- und die Bürgerinnen und Bürger trotz des großen Defizits so wenig wie möglich zu belasten. Also: die aktuell eingebrachten Hebesätze möglichst abzusenken.

Wir werden im weiteren Verlauf der Beratungen zusätzliche Sparpotentiale einbringen.

Möglicherweise fragen Sie sich, **warum dieser Haushalt trotzdem zu diesem Zeitpunkt eingebracht wird**. Der Grund: Die Kommunalwahl steht unmittelbar bevor; danach muss sich das neue Parlament zunächst konstituieren. Trotzdem müssen **die neuen Hebesätze, für die der neue Haushalt die Grundlage bietet, bis zum 30. Juni 2026 beschlossen** werden. Sonst gelten weiterhin die bisherigen Hebesätze – das hätte angesichts der aktuellen finanziellen Lage gravierende Folgen. Zudem hätten wir bei einer Einbringung zu Beginn der neuen Wahlperiode bis zu einer Beschlussfassung und Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden fast das gesamte Jahr über vorläufige Haushaltsführung. Dies kann nicht unser Ziel und Anspruch sein.

Auch Sie sind jetzt gefragt zu entscheiden: Wo sollen wir sparen – und wo nicht? Was sind unsere **Prioritäten**? Worauf können wir schweren Herzens verzichten? **Nicht für immer**, aber für die nächsten zwei, drei Jahre.

Damit kommen wir zu einem anderen Aspekt. **Wir müssen nicht nur sparen, sondern wir müssen auch mehr Einnahmen erzielen** – unter anderem, indem wir Anlagevermögen verkaufen.

Ein Beispiel könnte der Hof Ehry sein. Wenn wir dessen Sanierung aufschieben, würde uns das **1.5 Millionen Euro** sparen. Doch ich habe es eben schon gesagt: Es sind nicht die investiven, sondern die operativen Ausgaben, die die Hebesätze beeinflussen. Was jedoch durchaus einen Unterschied machen würde, wäre der **Verkauf** von Hof Ehry. Denn mit dem Erlös würden wir unsere Liquidität verbessern. Das gilt grundsätzlich für unsere **stillen Reserven, für unser Anlagevermögen**. Den Gedanken, sich von Immobilien zu trennen, hat Stadtverordnetenvorsteher Hegeler ja bereits in die Debatte eingebracht. Zum Beispiel steht im Haushalt ja auch der **Verkauf der alten Ländcheshalle**. Dabei rechnen wir mit einem Erlös von etwa **3.5 Millionen Euro**. Darüber hinaus werden wir in den Haushaltsberatungen weitere Gebäude und Liegenschaften prüfen, die veräußert werden könnten.

Es gibt wenig Gefühle, die so schwer zu ertragen sind wie **Ohnmacht**. Und angesichts der Krisen unserer Zeit fühlt man sich als Einzelner oft ohnmächtig. Nur: Das sind wir ja nicht. Wir sind ja keine Einzelkämpfer,

wir sind nicht allein. Dieser Haushaltskrise stehen wir **gemeinsam** gegenüber: **Politik, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger**.

Wir dürfen uns von dieser Situation **nicht spalten** lassen; wir sollten uns Schuldzuweisungen sparen, wir sollten nicht mit dem Finger aufeinander zeigen.

Was wir als Stadtgesellschaft in diesem Moment brauchen, ist „**Lösungszuversicht**“. Damit ist in der Psychologie die Hoffnung gemeint, dass man es schon schaffen wird, ein Problem zu lösen, auch wenn man noch nicht ganz genau weiß, wie. Unsere Probleme sind nicht klein – aber sie sind durchaus **zu bewältigen**. Wir – als Gesellschaft – haben gemeinsam schon ganz andere Krisen gemeistert. Daran sollten wir uns immer erinnern.

Eine gute Portion Lösungszuversicht bringe ich jedenfalls mit. Und deshalb bin ich heute auch **verhalten optimistisch**.

Jetzt erst einmal zum Fahrplan der kommenden Wochen:

1. Zeitplan

Heute ist die Einbringung des Haushaltsplanes in die Stadtverordnetenversammlung. Vom 12. Januar bis zum 12. Februar werden die Ortsbeiräte angehört. Am 14. Januar berät der HFBA, am 11. und 25. Februar ebenfalls. Am **4. März** tagt die Stadtverordnetenversammlung, um den Haushalt zu beschließen. Im Anschluss daran erhält der Main-Taunus-Kreis den Haushalt zur Prüfung. Wir hoffen, dass die Genehmigung der Kommunalaufsicht dann zeitnah erteilt wird. Denn: So lange kein Haushalt beschlossen und genehmigt ist, greifen die Regelungen der **HGO** zur **vorläufigen Haushaltsführung**. Es dürfen nur Ausgaben geleistet werden, zu denen wir gesetzlich oder vertraglich verpflichtet sind.

Und: Es dürfen nur die Hebesätze des Vorjahres angewendet werden. Wenn die neuen Hebesätze also nicht bis zum 30. Juni 2026 beschlossen werden, verlieren wir noch ein Jahr. Angesichts der Kommunalwahl ist die erste reguläre Stadtverordnetenversammlung der 10. Juni 2026. Das heißt: So lange wir keinen genehmigten Haushalt haben, wird unser **Defizit immer größer**.

2. Kenngrößen

Das **Haushaltsvolumen 2026 beträgt rund 132 Millionen Euro im Ergebnishaushalt**. Das ordentliche Ergebnis beläuft sich auf rund 6,7 Millionen Euro. Hinzu kommen noch rund 2,6 Millionen Euro im

außerordentlichen Ergebnis. Das wird verwendet, um anteilige Defizite aus den Vorjahren auszugleichen. Rücklagen gibt es nicht.

Aus Steuern und Umlagen haben wir **Erträge** von 109 Millionen Euro. Etwa **die Hälfte** davon – zum Beispiel den Gemeindeanteil der Einkommenssteuer – können wir **nicht beeinflussen**. Die Grundsteuer und die Gewerbesteuer gehören zu den wenigen Posten, bei denen wir überhaupt ansetzen können.

Dem gegenüber stehen die **Aufwendungen** im Ergebnishaushalt. Auch von denen können wir **große Teile nicht beeinflussen**. Zum Beispiel die Steuern und Umlagen, vor allem die **Kreis- und Schulumlage**. Hofheim muss Steuern, Umlagen und Transferaufwendungen in Höhe von rund 53,7 Millionen Euro aufbringen; das sind **40 Prozent unserer Aufwendungen**.

Die Kreis- und Schulumlage ist seit 2018 **um 45 Prozent gestiegen**. Unsere Sach- und Personalaufwendungen sind im gleichen Zeitraum um 24 Prozent gestiegen.

Kurz gesagt: Der Aufwuchs unseres Aufwandsvolumens seit 2018 ist getrieben durch **Inflations-, Tarif- und Umlageerhöhungen**.

Was ich damit sagen will: Es gibt nur **wenig Manövriermasse** für uns. Und es gibt **wenig Hebel**, wo wir ansetzen können beim Sparen.

Bei den Kindertagesstätten können und wollen wir nicht sparen, und sie sind der größte Posten im Haushalt. Der Unterhalt der drei städtischen Kitas (Steinberg, Römerlager und Wandersmann) beläuft sich auf **5,2**

Millionen Euro, der Zuschuss an die Kitas in freier Trägerschaft auf **15,8 Millionen Euro**.

3. Investitionsprogramm

Der nächste Punkt ist das Investitionsprogramm. Und der ist schneller abgehandelt, als uns allen lieb sein kann, denn es gibt **keine neuen Projekte**. Es gibt nur Projekte, die schon begonnen wurden und die wir **fortführen**. Um es ganz deutlich zu sagen: **Dieser Haushalt trägt null meine Handschrift**. Es gibt darin kein einziges Projekt von mir. Und das nicht, weil ich keine Ideen für unsere Stadt habe. Sondern weil ich aufgrund der Situation keinen Handlungsspielraum sehe.

Für das Jahr 2026 werden Sie wenig Ausgaben im Investitionsprogramm finden; der mit Abstand größte Posten sind die 3,65 Millionen Euro für **Straßen, Wege und Plätze**. Außerdem findet sich das Gelände am **Meisterturm** im Investitionsprogramm. In den folgenden Jahren – 2027, 2028, 2029 – steigen die Investitionen dann wieder etwas an. Die größten Posten betreffen die **Feuerwehren** – vor allem **Fahrzeuge und Ausstattung**, aber auch die **Feuerwehrgerätehäuser**.

Zwei weitere Projekte haben wir schon mit der **HWB** begonnen und wollen sie weiter umsetzen: die Fertigstellung der **Obdachlosenunterkunft** und die Etablierung eines **Nahversorgers in Langenhain**.

Und viel mehr bleibt mir zum Thema Investitionen kaum zu sagen. Trotz unserer Lage wollen wir nicht bei den Kindern sparen. Deshalb werden wir das Projekt **Spielplatz am Peterswald** in Marxheim weiterführen. Die Planungen dafür wurden bereits vor zwei Jahren begonnen und sind jetzt

abgeschlossen. Für die Umsetzung haben wir im Haushalt 2026 Mittel in Höhe von **95.000 Euro** eingestellt. Auch werden **Spielgeräte**, die im Stadtgebiet kaputt gehen, weiterhin ersetzt.

Wie am Anfang gesagt: Ich möchte die Lage nicht schönreden und nicht überzuckern. Ich möchte mich nicht mit Sprüchen begnügen, dass unsere Stadt „*arm, aber sexy*“ ist.

Hofheim ist nicht „*arm, aber sexy*“, und so soll es auch nicht sein. Unsere Stadt ist lebens- und liebenswert, und genauso wollen wir sie erhalten und weiterentwickeln: lebens- und liebenswert.

Und mit „wir“ meine ich: Wir gemeinsam – die Beschäftigten der Stadtverwaltung, der Magistrat mit meinem Kollegen Herrn Ersten Stadtrat Daniel Philipp und mit mir, die Stadtverordneten, die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch allen **danken**, die dazu beitragen, unsere Stadt lebens- und liebenswert zu erhalten, ganz besonders auch den Ehrenamtlichen in der Politik und im Sport, in sozialen und kulturellen Belangen, im Umweltschutz, in der Kirche und bei den Feuerwehren.

Schluss

Der Magistrat hat diesen Haushalt **einstimmig** beschlossen. Nicht gerne und nicht voller Überzeugung, sondern nur mit Schmerzen, so wie ich.

Aber der Haushalt ist **genehmigungsfähig**. Denn: Wenn wir es nicht schaffen, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen, sind die Folgen verheerend. Dann gelten zum Beispiel weiter die alten Hebesätze, und das Defizit in unserer Stadtkasse wird größer und größer. Es kann uns passieren, dass wir nicht mehr eigenständig agieren können und wir **das Herzstück unserer Demokratie verlieren**, nämlich die kommunale Selbstverwaltung.

Dieser Haushalt ist die Grundlage für diese Beratungen, die **nur ein Ziel** haben: **die Stadt aus den roten Zahlen zu führen und die Belastungen für die Bürger gering zu halten**. Leider bin ich – sind wir – dazu gezwungen, nun zu handeln.

Sicher ist:

- Wir haben kein Geld mehr.
- Wir müssen sparen.
- Wir müssen Steuern und Gebühren erhöhen.
- Wir müssen konsolidieren und priorisieren.

Aber wir wollen die Bürger so wenig wie möglich belasten. Fangen wir an. Ich biete allen Fraktionen an, mit dem Kämmergeleiter Herrn Petry in ihre Haushaltsberatungen zu kommen.

Als Kind habe ich jede Menge **Sommerurlaube in Schottland** verbracht. Und wie jeder Nordseeurlauber habe ich – bei dunklen Wolken oder im Regen – hundertfach diesen Satz gehört: „*Dahinten wird's schon heller.*“

Das stimmt auch für Hofheim. Jetzt sieht es noch dunkel aus. **Aber dahinten, da wird's schon heller.**

Vielen Dank.